

Positionspapier Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine grosse Herausforderung für unsere Gesellschaft. Das Hauptproblem ist vor allem die Tatsache, dass sich Menschen im Alter von 30 bis 40 Jahren entweder für eine Karriere oder für eine Familie entscheiden müssen. Dieser Umstand ist nicht wünschenswert. Aus liberaler Sicht ergeben sich mehrere Problemfelder. Erstens der Verlust von Investitionen in Humankapital (Bildung), der bei einer Entscheidung gegen die Karriere anfällt. Zweitens die Gerechtigkeitsproblematik, dass bei einer Entscheidung bezüglich der Erziehungsfrage hauptsächlich eine Person die Erziehungsaufgaben und damit die unbezahlten Arbeiten übernimmt. Drittens führt selbst Teilzeitarbeit zu einem Verlust in Humankapital, da bei einer Teilzeitstelle nicht die gleichen Karrieremöglichkeiten wie bei einer Vollzeitstelle bestehen. Abhilfe können in vielen Fällen Kinderkrippen (Vorschulalter) oder Tagesschulen bieten. Ein Blick auf die Wartelisten in den Gemeinden im Kanton Bern zeigt jedoch, dass das Angebot vielerorts mangelhaft ist.

Position Jungfreisinnige Kanton Bern

Für JFBE ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zentral. Damit diese verbessert werden kann, verfolgen wir folgende politische Ziele:

- **Freier Lebensentwurf**
Die JFBE stehen für den freien Lebensentwurf ein. Keinesfalls soll durch staatliche Massnahmen ein bestimmtes Familienmodell bevorzugt oder benachteiligt werden. Heute bestehen diesbezüglich vor allem Defizite, wenn sich beide Eltern für die Erwerbsarbeit entscheiden. Wirtschaft und Gesellschaft sind jedoch auf diese Eltern angewiesen, um der Überalterung und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.
- **Genügende Anzahl Betreuungsplätze im Kanton Bern**
Die JFBE setzen sich für die Schaffung von Betreuungsplätzen ein. Diese sind ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor und verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erheblich.
- **Keine falschen Anreize**
Sowohl für die Eltern, wie auch für die Kinderbetreuungs- und Tagesstätten sollen falsche Anreize eliminiert werden. Die JFBE stehen grundsätzlich hinter dem Prinzip, dass finanziell Schlechtergestellte stärker unterstützt werden. Steuerprogression und progressive Betreuungskosten müssen jedoch reduziert werden, sodass sich Arbeit auch für Doppelverdiener auszahlt.
- **Raum für privates Engagement und Selbstinitiative**
So dringend die zusätzlichen Betreuungsplätze sind, so wenig notwendig ist ein einseitiges Engagement des Staates in diesem Bereich. Private sollen nicht mit überbordender Bürokratie behindert werden. Zudem setzen die JFBE auf den Wechsel vom Direktsubventionssystem hin zu Betreuungsgutscheinen. Weiter verlangen die JFBE einen Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung.

Forderungen

- **Reduktion der Auflagen für Kindertagesstätten im Kanton Bern**
Insbesondere bauliche, administrative und organisatorische Anforderungen wie z.B. „pädagogische Raumstrukturierung“, „Nettospielfläche von 6m² pro Kind“ oder fixe Vorgaben zum Betreuungsverhältnis sind aufzuheben. Die vielen Auflagen machen es für private Unternehmer schwierig, eine KITA zu eröffnen, respektive zu halten. Mit Steuerbegünstigungen kann diesem Umstand entgegengewirkt werden.
- **Eigeninitiative fördern**
Private und Unternehmungen sollen beim Aufbau von KITAs unterstützt und nicht mit bürokratischen Hürden behindert werden. Die Gründung einer KITA soll erleichtert werden (Reduktion des Umfangs der einzureichenden Unterlagen), sodass Kinderbetreuerinnen und -betreuer keine Steine in den Weg gelegt werden. Nur so wird das Angebot an Betreuungsplätzen im Kanton Bern ausgebaut werden können.
- **Anreize für Eltern korrigieren**
Heute werden Gehälter progressiv versteuert. Gleichzeitig werden bei der Kinderbetreuung ebenfalls Mehrverdiener stärker belastet. Nach aktuellem Stand hat dies kumuliert zum Effekt, dass einem Paar netto am Ende des Jahres bei einem gemeinsamen Pensum von im Schnitt rund 140 Stellenprozent am Meisten bleibt. Wenn ein Paar mehr als 140 Prozent arbeitet, bezahlt es mehr Steuern und Betreuungskosten, dass am Ende weniger übrig bleibt. Die JFBE sind der Überzeugung, dass sich Leistung lohnen muss! Einen Anreiz weniger zu arbeiten darf es nicht geben. Wir fordern deshalb eine Anpassung der Steuer-, respektive Betreuungssubventions-Progression. Die Kinderabzüge bei den Kantonssteuern sind zu erhöhen. Wer sich entscheidet, mehr zu arbeiten, für den muss es sich finanziell auch lohnen. Um zu vermeiden, dass für Eltern falsche Anreize bestehen, wird die Einführung einer Individualbesteuerung verlangt.
- **KITA-Plätze als Lohnbestandteil**
Der Kampf von Unternehmen um Fachkräfte und qualifiziertes Personal wird in Zukunft die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen (Teilzeitstellen, von Unternehmen finanzierte KITA-Plätze). Die JFBE begrüßen diesen Umstand. Um den gesellschaftlichen Prozess zu beschleunigen, sind wir der Meinung, dass Unternehmen, welche KITA-Plätze als Lohnbestandteil anbieten, steuerlich begünstigt werden sollten.
- **Elternurlaub**
Die JFBE fordern, dass der Mutterschaftsurlaub von 26.5 Wochen durch einen Elternschaftsurlaub von 26 Wochen ersetzt werden soll.
- **Blockzeiten und Tagesschulen**
Die Einführung von Blockzeiten und Ganztageschulen ermöglicht eine durchgehende Betreuung der Kinder, sodass Eltern ihrer Arbeit nachgehen können. Blockzeiten sind obligatorisch einzuführen, um Eltern in der Arbeitszeitgestaltung zu entlasten und beiden Elternteilen das Arbeiten zu ermöglichen.

Fazit

Die JFBE fordern im vorliegenden Positionspapier Punkte, die liberale Standpunkte repräsentiert. Mit der Forderung nach der Möglichkeit eines freien Lebensentwurfes und einer Auflagensenkung an KITAs wird die persönliche und unternehmerische Freiheit gestärkt. Die Forderung nach sinnvoll ausgestalteten Massnahmen erhöht die persönliche Freiheit der Individuen, da sie nicht durch leistungshemmende Abgaben gebremst werden. Die Forderung nach privaten Lösungen entspringt dem liberalen Gedankengut, da die persönlichen Bedürfnisse unter privaten Partnern effektiver abgedeckt werden können und es nicht zu unverhältnismässigen Subventionen und Pfründen kommt. Auch hier wird die persönliche Freiheit erhöht, indem die Verantwortung auch auf private Unternehmungen und nicht auf den Staat und die Gesellschaft abgewälzt wird.